

# Kapitalmarkt-Booster für Österreich

Warum sich immer mehr Menschen für Aktien & Co interessieren, wieso Klimaschutz einen starken Aktienmarkt braucht und welche Anreize jetzt gesetzt werden müssen.



Österreichische Post AG, MZ 03Z034897 M Vereinigung der österreichischen Industr Schwarzenbergplatz 4. 1030 Wien

# unsere INDUSTRIE hilft

### INITIATIVE

IV-Task-Force "Unsere Industrie hilft" eingerichtet

Seite 3



#### KRIEG IN DER UKRAINE Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung?

Seite 4



## OBERÖSTERREICH Die Welt wartet nicht auf Europa

Seite 10

Welche Effekte die EU-Russland-Sanktionen auf die Industrie haben und warum der tatsächliche Schaden noch nicht abschätzbar ist.

er furchtbare Krieg in der Ukraine bedeutet nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur eine Zäsur. Auch die international vernetzte Wirtschaft ist von den Auswirkungen des militärischen Konflikts in unterschiedlichen Dimensionen massiv betroffen. Wie stark, hängt naturgemäß vom Grad der Verflechtung ab. Für Österreich ergibt sich dabei ein ambivalentes Bild.

Als zweitgrößter Investor ist Russland bedeutender Wirtschaftspartner, 650 heimische Unternehmen führen Niederlassungen im größten Land der Erde. Zu den rot-weißroten Lieferungen zählen bisher Maschinen und Anlagen, Pharmaerzeugnisse oder Lebensmittel. Umgekehrt importiert Österreich Gas, Öl und weitere Rohstoffe. In der Ukraine wiederum sind heimische Betriebe der sechstgrößte Auslandsinvestor und mit 200 Niederlassungen vertreten. Mit 190 Millionen Menschen sind beide Länder schon wegen ihrer Größe ein interessanter Markt. Dabei darf allerdings nicht das geringe ökonomische Gewicht beider Staaten übersehen werden: Trotz seiner 145 Millionen Einwohner liegt Russland beim globalen Vergleich der Wirtschaftsleistung (BIP) nur auf Rang 11 und damit zwischen Südkorea und Spanien. Die Ukraine reiht sich mit Rang 54 deutlich hinter Österreich (28) ein.

#### Sinkende Nachfrage & Investitionen

Die ersten Sanktionen treffen vorwiegend die russischen Verantwortlichen und Staatsunternehmen – sowie in überschaubarem Ausmaß europäische und österreichische Betriebe. Der Schaden für die Industrie entsteht direkt durch einzelne Sanktionen, wie etwa Exportverbote für Hightech-Produkte. Die IV wies zudem auf die gravierenden indirekten Auswirkungen hin: Konkrete Beispiele dafür sind die sinkende Nachfrage, auf den Prüfstand gestellte Investitionen bis hin zu Unterbrechungen von Lieferketten, die bereits sehr früh zu Produktionsausfällen geführt haben. Wie weit die Sanktionsschraube gedreht wird, war bis Redaktionsschluss der aktuellen Ausgabe der "iv-positionen" nicht absehbar.

In der ORF-Diskussionssendung "Im Zentrum" stellte IV-Präsident Georg Knill klar, dass Europa geschlossen gegen die Aggression auftreten müsse und alle sinnvollen Instrumente genutzt werden sollten, um Frieden herstellen. Dabei betonte er aber auch, dass die Maßnahmen sehr schmerzhaft für zahlreiche Unternehmen in Österreich seien. Entscheidend sei, dass trotz der Einschränkungen die Industrie am Laufen bleibe – schon im Interesse der Versorgungssicherheit im Land. Die IV sprach sich daher Anfang März deutlich gegen ein Gas-Embargo aus. Denn Österreich braucht diesen Energieträger, um Produktion,

Beschäftigung und Wohlstand zu sichern (siehe Bericht auf Seite 4).

Wie wirken Sanktionen gegen Russland und helfen sie dabei, politische Ziele zu erreichen? Erste Schätzungen sprechen von einem Sinken der Wirtschaftsleistung um zehn bis 20 Prozent. Aktuell verhängt sind Finanzsanktionen, mit der die Finanzierung Russlands auf den internationalen Kapitalmärkten erschwert werden soll. Das Ziel ist, durch die Sperrung des EU-Luftraums und erschwerter Visa-Vergaben das größte Land der Erde international zu isolieren. Auch wenn auf Sicht die Beziehungen zu Moskau von diesem Krieg geprägt sein werden, darf die Brücke zum russischen Volk jedoch nicht zerschlagen werden.



IV-Präsident Georg Knill erörterte in der ORF-Sendung "Im Zentrum" die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die österreichische Industrie.

## **GAST**KOMMENTAR

## Ein Papiertiger schärft seine Krallen

Zwischen Pandemie und Krieg rutschen derzeit andere Themen ins Abseits. Verständlich. Das Lieferkettengesetz, das die EU auf den Weg geschickt hat, beispielweise. Es verdient aber Aufmerksamkeit.

ie Stoßrichtung des vorgelegten Entwurfs der Europäischen Kommission: Unternehmen sollen für die Produktionsweisen und Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten stärker in die Pflicht genommen werden und für Verstöße entlang dieser Lieferketten auch zivilrechtlich haften. Damit will man die Einhaltung von Mindeststandards bei Menschenrechten, im Umwelt- und Klimaschutz erzwingen – egal, wo auf der Welt die Waren produziert werden. Erhoffter Kollateralnutzen: mehr Transparenz.

Keine Kinderarbeit, keine Umweltsünden mehr, dafür existenzsichernde Löhne, grüne Kreislaufwirtschaft und überhaupt mehr Fairness und Nachhaltigkeit: Klingt ja alles nicht so schlecht. Tatsächlich stellt sich diesen ambitionierten Zielen auch kaum jemand entgegen. Allein die angestrebte Verlagerung von Verantwortung Richtung Unternehmertum sorgt bei den Betroffenen für verständliche Kritik. Wäre es nicht einer der ureigensten Zuständigkeitsbereiche der Politik, dafür zu sorgen, dass von ihr festgelegte Normen, Regeln und Standards auch eingehalten werden?

Natürlich lassen sich die Kontrollvorschriften unter "sozialer Verantwortung" abheften. Dass von Unternehmerseite aber

"Augenmaß und Machbarkeit" eingefordert wird, überrascht nicht, stoßen die eingemahnten Sorgfaltspflichten doch auf natürliche Grenzen. Es scheint die Komplexität globaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ignorieren und nicht besonders realitätsnah zu sein, ein heimisches Unternehmen für etwaige Verfehlungen von Zulieferern der Zulieferer der Zulieferer verantwortlich zu machen.

"Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags."

Ja, längst existierende, freiwillige Verpflichtungen, Zertifizierungen und Gütesiegel scheinen bislang nicht gereicht zu haben. Auch die bereits 2011 von der UNO verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft

und Menschenrechte sind ambitioniert, aber etwas zahnlos. Es hat sich – wenig überraschend – gezeigt, dass die Einbindung in den internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch nicht automatisch zu einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Upgrade vor allem am hinteren Ende der Lieferkette führt. Vielmehr hat die Globalisierung gewisse Wohlstandsasymmetrien verschärft. Das steht außer Diskussion.

Auch dass es keine Amnestie bei Menschenrechtsverletzungen und kein Wegschauen bei Umweltsünden mehr geben darf, steht außer Zweifel. Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags. Das überfordert die Betriebe und raubt Europa seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Globale Verantwortung ja, aber um profithungrige Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, soziale Schieflagen zu beseitigen und die Einhaltung der Klimaschutzziele zu garantieren, braucht es sensiblere Instrumente. Betrieben die volle Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte oder ökologischer Mindeststandards in Drittstaaten zu übertragen, ihre Lieferketten also praktisch unter einen Generalverdacht zu stellen, wirkt wenig vertrauensbildend.

Traurig genug, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen dem Thema eine dramatische Aktualität geben, werden doch traditionsreiche, neu aufgesetzte und selbst noch nicht einmal in Betrieb genommene Lieferketten mittels weitreichender Sanktionen (und auch im wahrsten Wortsinn) gesprengt. Zumindest die Frage nach Schuld und Verantwortung stellt sich in diesem Fall aber nicht. Die Antwort ist eindeutig.



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs "Fakt und Faktor. Wirtschaft. Wissen und Wandel": www.faktundfaktor.at. Zuvor war er für "Die Presse" und "Kleine Zeitung" tätig.

# Die Industrie braucht sichere Energie

Die IV steht klar hinter der Linie von Europäischer Union und Bundesregierung zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Eine leistbare Energieversorgung muss für den Standort Priorität haben.

ie Invasion Russlands in der Ukraine betrifft uns in der produzierenden Wirtschaft und in der Kreditwirtschaft in vielerlei Hinsicht: Vor allem bangen wir um die Menschen im Kriegsgebiet. Österreichische Betriebe, die in der Region aktiv sind, machen sich große Sorgen um Gesundheit und Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien. Viele heimische Unternehmen haben rasch Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen gesetzt. Neben der humanitären Katastrophe sind auch die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen massiv.

Klar ist: Österreichs Industrie unterstützt unmissverständlich die Linie der Bundesregierung und der Europäischen Union. Auf den Bruch des Völkerrechts und einen Angriffskrieg im Europa des 21. Jahrhunderts muss es angemessen klare und gemeinsame Antworten geben. Das sind wir den Menschen in der Ukraine und unseren Werten schuldig, auf denen auch unsere Wirt-

Gleichzeitig steht außer Frage, dass unsere betroffenen Unternehmen bestmöglich bei der Bewältigung der großen Herausforderungen durch Krieg und Sanktionen unterstützt werden müssen. Die Industriellenvereinigung steht daher gerade in diesen Krisenzeiten in engem Austausch mit staatlichen Behörden, um einerseits IV-Mitglieder möglichst rasch zu informieren und andererseits politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ein aktuelles Lagebild aus der Industrie zu vermitteln. Neben abgerissenen Lieferketten und mangelnder Verfügbarkeit von Rohstoffen haben Energieversorgungssicherheit und Energiekosten jetzt Priorität für den Standort Österreich. Oberste

Aufgabe der Energiepolitik ist es, die störungsfreie Versorgung mit Energie - konkret mit Erdgas - aufrechtzuhalten. Ein massiver Eingriff wie die Energielenkung, bei der einzelnen Teilen von Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie schlichtweg abgedreht wird, muss jedenfalls verhindert werden (siehe Bericht auf Seite 4). Fakt ist: Haushalte und Industrie sind auf Erdgas angewiesen. Es bleibt unverzichtbar für die Produktion von Gütern, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Künftig wird deutlich mehr auf die Diversifizierung von Energielieferungen zu achten sein. Langfristig werden der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energie und gesteigerte Energieeffizienz ihren Beitrag dazu leisten, unabhängiger von russischer Energie zu werden. Dazu müssen aber endlich Genehmigungsverfahren für große Erneuerbaren-Kraftwerke massiv beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen geschaffen werden. Notwendig sind die sofortige Anwendung des bereits bestehenden Standortentwicklungsgesetzes sowie eine echte (!) Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes. Mangelnder Reformeifer wäre angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage geradezu skurril. Bis auf Weiteres werden wir aber weiterhin Öl und Gas aus Russland beziehen, denn auch der ambitionierteste Ausbau erneuerbarer Energie wird keinen kurzfristigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung in unse-

Christoph Neumayer,

IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at



"Die Stahlindustrie in ganz Europa hat Pläne für eine Reduktion des CO2-Fußabdrucks entwickelt. Wir sind auch startbereit. Was fehlt, sind die Rahmenbedingungen dafür: genug grüne Energie, leistungsfähige Netze und ausreichend Unterstützung der Regierung für die Transformation."

> Herbert Eibensteiner, Vorstandsvorsitzender voestalpine AG



"Gerade in der Krise zeigt sich die Bedeutung einer robusten, standorttreuen und innovativen Wirtschaft. Das sollte man bei künftigen Diskussionen über standortrelevante Infrastrukturprojekte nicht vergessen."

Markus Comploj, geschäftsführender Gesellschafter Getzner. Mutter & Cie.



"Europa hat das Thema Mikroelektronik versäumt. Wir haben weder bei Datenspeicherung, Cloud-Services, Datenverarbeitung in Europa einen Anteil. Aber endlich passiert etwas."

Andreas Gerstenmayer, Vorstandvorsitzender AT&S

## **AKTUELLES** IN KÜRZE

### **POSTING DES MONATS**



### **INITIATIVE**

#### Unsere Industrie hilft

die Task-Force "Unsere Industrie hilft" ein- IV möchte mit dieser Initiative einen (kleinen) gerichtet. Diese fungiert vor allem als Contactpoint, um Hilfeleistungen einfach und punktgenau zu ermöglichen. "Unsere Industrie hilft" erreichen Sie unter industrie.hilft@iv.at

Anfang März hat die Industriellenvereinigung bzw. unter der Hotline **0664 841 29 23**. Die Beitrag leisten, die humanitären Aktivitäten aus dem Kreis der Industrie zentral zu bündeln und so bestmöglich zu unterstützen. Weitere Informationen unter: www.iv.at

# unsere INDUSTRIE hilft (こ

**ZAHL DES MONATS** 

In den vergangenen vier Quartalen konnten laut Statistik Austria im Schnitt 146.000 offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden. Den größten Zuwachs an offenen Stellen gab es im produzierenden Bereich mit einem Plus von 50 Prozent im Jahresvergleich. Hier waren im Jahr 2021 durchschnittlich 40.200 Stellen vakant.

Die Industrie unterstützt die aktuellen Reformgespräche zur Arbeitslosenversicherung neu und bringt sich hier mit ihrer Expertise ein. Dabei ist es entscheidend, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen. Einen ausführlichen Bericht über notwendige Reformschritte finden Sie auf www.iv.at bzw. in der April-Ausgabe der iv-positionen.



## Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung?

Der Krieg in der Ukraine hat die Preise für Energie und Rohstoffe weiter in die Höhe getrieben. Warum die Diversifizierung bei Energielieferungen Zeit braucht und weshalb gerade jetzt schnellere Genehmigungsverfahren entscheidend wären.

chon vor Kriegsausbruch war 2022 ein Jahr der ökonomischen Extreme: Die Inflation kletterte im Februar auf 5,9 Prozent und somit auf den höchsten Wert seit 38 Jahren. Ebenso dramatisch war der Anstieg der Energiekosten: Gegenüber der Zeit vor der Corona-Pandemie hat sich der Preis für Strom bereits vor dem Krieg verdreifacht, jener für Gas sogar versiebenfacht. Selbst ohne russischen Angriff auf die Ukraine wäre mit einer Rückkehr in Richtung Normalität nicht vor dem Frühjahr 2023 zu rechnen gewesen.

Angesichts der furchtbaren Ereignisse sind seriöse Prognosen kaum möglich, die ohnehin bereits hohen Energiekosten werden durch den Konflikt weiter angeheizt. Allein am Tag der russischen Invasion stieg der Gaspreis von 80 auf rund 130 Euro je Megawattstunde, Anfang März bewegte er sich in Richtung 200 Euro. Vor allem für energieintensive Unternehmen verursacht das einen beträchtlichen Schaden - unabhängig davon, ob sie mit Russland im Handel stehen. Im Gegensatz dazu hat sich der Gaspreis in den USA oder anderen Regionen mit Abstand weniger bewegt.

Der aktuelle Konflikt zeigt einmal mehr, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie an der Verfügbarkeit von Energie und wettbewerbsfähigen Preisen hängt. Zwar ist Österreich dank seiner großen Gasspeicher vergleichsweise gut vorbereitet. Dennoch bleibt eine unangenehme Wahrheit: Die Abhängigkeit der europäischen Energieversorgung von Russland ist gewaltig. 2021 wurde von Russland Gas mit einem Energiegehalt von über 1.600 Terawattstunden nach Europa geliefert. Um das zu ersetzen, bräuchte es 1.500 Freudenau-Kraftwerke oder rund 70.000 Windräder der größten 280 Meter hohen Onshore-Windturbinen.

#### Austausch mit Bundesministerin Gewessler

Welche Auswirkungen hat der Krieg auf die heimische Versorgungssicherheit? Vor dem jüngsten Energielenkungsbeirat Anfang März sprach sich die IV vehement für eine störungsfreie Versorgung mit Energie aus. Der massive Eingriff der Energielenkung, wobei einzelnen Teilen der Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie abgedreht würde, müsse jedenfalls verhindert werden. Das und die hohen Energiepreise waren auch

Österreichischer Gaspreisindex Indexiert; Index (2015=100) 500 400 200 100

Bereits vor dem Ukraine-Krieg erreichte der Gaspreis den siebenfachen Wert im Vergleich zur

Vor-Corona-Zeit.

## Wie gerecht ist unser Steuersystem?

In der politischen Diskussion ersetzen Meinungen und Gefühle zunehmend Fakten. Eine Analyse zeigt, warum manche Ideen in die Sackgasse führen:



Laut OeNB-Erhebung HFCS (Household Finance and Consumption Survey) ist die Schieflage bei Vermögen in Österreich zu groß. Eine Vermögensteuer würde einen Ausgleich schaffen.



Tatsache ist: Das Steuersystem in Österreich ist schon heute ausgesprochen progressiv gestaltet und wirkt massiv umverteilend: Fast 70 Prozent des Einkommensteueraufkommens wird schon jetzt von den einkommensstärksten elf Prozent der Einkommensteuerbezieher geschultert, während die unteren 55 Prozent mehr aus dem Steuertopf erhalten, als sie einzahlen. Zudem gibt es bereits zahlrei-

#### Die Fakten zeigen zudem:

zentrales Thema bei einem Austausch mit

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler

und den Unternehmensvertretern der IV-

Ausschüsse für "Infrastruktur" sowie "Res-

Die dramatischen Entwicklungen werden zu

einer Zäsur österreichischer und europäischer

Energiepolitik führen: Mehr Diversifizierung

bei Energielieferungen ist notwendig, wird

aber angesichts der Größenordnung nicht so

schnell möglich sein, wie sich das so mancher

vorstellt. Derzeit bezieht Österreich 80 Pro-

zent seines Erdgases aus Russland, mehr als

40 Prozent des Gesamtverbrauchs benötigt

die Industrie. Doch nicht nur die Unterneh-

men – von der energieintensiven Industrie bis

zu KMU - sind auf diesen Energieträger ange-

wiesen. Er wird auch für die Stromerzeugung

benötigt, und hier auch für die Stabilisierung

der Stromversorgung beim Übergang auf

ein erneuerbares Energiesystem. Das ist das

weniger bekannte Gesicht von Erdgas. Wäre

Flüssiggas (LNG) eine kurzfristige Alternative

zum Erdgas? Damit könnte die Gasversorgung

diversifiziert werden. Allerdings fehlen laut

Analysten derzeit in den europäischen Gasterminals die Kapazitäten, um die benötigten

Mengen zu verarbeiten und zu transportieren.

Zudem ist auf den Märkten derzeit nicht aus-

reichend LNG verfügbar. Grund dafür sind be-

Ein langfristiger Weg in Richtung mehr Un-

abhängigkeit von russischer Energie führt

über die fortschreitende Umstellung auf eine

CO2-freie Wirtschaft mit dem verstärkten

Ausbau erneuerbarer Energie. Das geht aber

nur mit einer Kraftanstrengung, die Geneh-

migungsverfahren für große erneuerbare

Kraftwerke beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen schafft. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, neue Energieinfrastrukturen zu errichten? Für die

Industrie ist klar: Jetzt muss es darum gehen, ins Handeln zu kommen. Und dafür muss die Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes genutzt und das bereits bestehende Standortentwicklungsgesetz an-

stehende Lieferverträge.

gewendet werden.

sourcen, Energie & Ökologie".

Genehmigungsverfahren

beschleunigen

• Die angeführte Studie eignet sich nicht dafür, eine Empfehlung für eine bestimmte Form der Besteuerung von Vermögen auszusprechen. Das bestätigen sogar die Studienautoren selbst. Grund ist etwa eine sehr ungenaue Datenlage.

che vermögensbezogene Steuern.

- Vermögensteuern treffen Unternehmen und Jobs: Als die Vermögensteuer in Österreich 1994 abgeschafft wurde, traf die Abgabe zu 80 bis 95 Prozent Betriebsvermögen und damit fast ausschließlich
- Belastung für den Mittelstand: Um ein relevantes Volumen zu erreichen, wäre eine Besteuerung von Unternehmen und großen Teilen der Bevölkerung (Hausbesitzer, Pensionisten, Landwirten etc.) erforderlich. Spätestens mittelfristig wird die Vermögensteuer aufgrund der kalten Progression zu einer Mittelstandsteuer.
- 72 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind der Meinung, dass eine Vermögensteuer auf Privatbesitz breite Teile der Bevölkerung trifft und abzulehnen ist.

Die IV hat in einer Blitz-Kampagne auf ihren Social-Media-Kanälen modern und zielgruppengerecht informiert, warum zusätzliche Belastungen völlig kontraproduktiv wären.



### **IV-FAKTENCHECK**

# Fotos: Adobe Stock, the Voic

# Wie Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte die Lehre sehen

Eine aktuelle Umfrage zeigt: Beim Einstieg in eine Lehre sind Jugendliche weiterhin mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Und das liegt keinesfalls ausschließlich an Corona.

er Lehre geht es gut. Schon vor Corona befand sie sich im Aufwärtstrend und auch der Rückschlag durch die Pandemie konnte mittlerweile mehr als aufgefangen werden. So heißt es oft. Doch stimmt das auch - angesichts der Lehrlingszahlen, die noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt sind und den regelmäßigen Berichten aus Unternehmen von qualitativ und quantitativ nicht ausreichenden Bewerbungen? Die Industriellenvereinigung und die branchenübergreifende Initiative "zukunft.lehre.österreich." wollten es genau wissen. In ihrem Auftrag befragte das Marketinstitut im Jänner Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Schulstufe an Mittelschulen und Gymnasien. Aus der Unternehmensperspektive reflektierten IV-Präsident Georg Knill, Werner Steinecker (Energie AG, z.l.ö.), Bernhard Reisner (Miba), Britta Schindler (A1) und Michael Strugl (Verbund) die Ergebnisse bei der Studienpräsentation im Februar.

## Jugendliche wünschen sich mehr Berufsorientierung

Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie schwierig der Einstieg in eine Lehre von allen Befragten wahrgenommen wird: Die jungen Menschen blicken zwar grundsätzlich eher optimistisch in die Zukunft, dennoch gibt etwa die Hälfte von ihnen Schwierigkeiten bei den richtungsweisenden Entscheidungen zu ihrer Zukunft an. Nur jede bzw. jeder zehnte Befragte der 13- bis 14-Jährigen bewertet die aktuelle Bildungs- und Berufsorientierung als gut, fast alle wünschen sich generell eine bessere Bildungs- und Berufsorientierung in der Schule. Ein Hemmschuh bleibt die COVID-19-Aufstiegsklausel. Dadurch fehlen den Betrieben mittlerweile an die 10.000 Jugendliche in der Lehrausbildung. Für die Wirtschaft wird es immer schwieriger, genug geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Unternehmen und Jugendliche fanden zuletzt wegen unzähliger abgesagter Info-Veranstaltungen und Schnuppertage deutlicher schwerer zueinander. Digitale Lösungen konnten hier einiges, aber nicht alles kompensieren. Trotz alledem ist vor allem den Jugendlichen grundsätzlich bewusst, dass die Industrie eine der spannendsten Branchen für eine Lehre ist – mit ausgezeichneten Karrierechancen. Aber: Immer noch wird die Matura und damit

der Zugang zur Hochschule als Nonplusultra der Bildung betrachtet. Das belegt die nach wie vor mangelnde Bekanntheit von weiterführenden Berufsbildungsangeboten und alternativen Zugängen zu Hochschulen, wie etwa neuerdings der "Bachelor professional", für dessen Teilnahme einschlägige Berufserfahrung erforderlich ist.

IV-Präsident Knill betonte die zentralen Empfehlungen der Industrie: eine deutlich umfassendere Berufsorientierung an Schulen insbesondere zu den Möglichkeiten und Angeboten der Industrie, keine mildere Aufstiegsklausel in diesem Schuljahr sowie eine qualitätsvolle Einstiegsphase für alle angehenden Lehrlinge.

#### In welchen Branchen kann man gut Karriere machen? Karriermöglichkeiten: Note 1/Summer Note 1+2

	Schüler	Summe Note 1+2	Eltern	Summe Note 1+2	Lehrkräfte	Summe Note 1+2
Infomation & Consulting	34	71	39	78	41	93
Industrie	29	68	30	74	43	90
Gewerbe & Handwerk	25	69	36	67	38	89
Bank & Versicherung	24	65	27	70	22	74
Tourismus & Freizeitwirtschaft	12	50	13	52	28	78
Handel	11	42	10	43	15	62
Transport & Verkehr	8	43	20	56	13	61

Quelle: Marketinstitut, IV, zukunft.lehre.österreich

Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte schätzen die Karrieremöglichkeiten in der Industrie gut ein. Dennoch entscheiden sich zu wenig junge Menschen für eine Lehre im produzierenden Bereich.

# MINT-Mittelschulen starten ab nächstem Schuljahr

Aktuell bereitet das Bildungsministerium mit den "MINT-Mittelschulen" einen neuen Schultyp in Österreich vor. Dabei werden zentrale Empfehlungen der Industrie umgesetzt.

as bisher nur dem Musik- und Sportbereich offenstand, soll nun auch bei Naturwissenschaft & Technik möglich werden: Ein erweiterter Lehrplan und mehr Ressourcen. Zusätzlich zu den "regulären" MINT-Stunden (u.a. Mathematik, Physik, Chemie, technisches & textiles Werken und digitale Grundbildung) soll ein neuer fächerübergreifender Gegenstand "MINT" mit elf Wochenstunden in vier Jahren entstehen. Dieser soll eine Brücke zwischen den traditionellen MINT-Fächern bilden und projektorientiertes Arbeiten ermöglichen.

Die neue Schulform soll beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 als Schulversuch an rund 50 Schulen umgesetzt werden, bevor sie flächendeckend ausgerollt wird. Mittelfristig soll damit auch das Problem der Schulsprengel aufgelöst werden. Schülerinnen und Schüler könnten dann über die Schulsprengelgrenzen hinweg eine MINT-Mittelschule besuchen. Die Industriellenvereinigung ist im "Sounding Board" mit beratender Stimme vertreten. Wichtig ist, dass damit wesentliche Empfehlungen des IV-Programms "MINT2020" umgesetzt werden. So ist es bereits gelungen, mehr Praxis- und Innovationsnähe im Lehrplan des neuen Faches "MINT" zu verankern.

Die neuen MINT-Mittelschulen reihen sich in den Kanon jener Schulen ein, die schon heute einen thematischen MINT-Schwerpunkt führen. Sie bieten insbesondere "MINT-Gütesiegelschulen" oder "MINT-Schwerpunktschulen" die Chance auf ein "Upgrade" und werden damit wichtige Zubringerfunktionen in Richtung HTL und technischer Berufsschulen übernehmen.



## ÜBERBLICK: SCHULEN MIT MINT-FOKUS IN ÖSTERREICH

MINT-Gütesiegelschulen: Fokus auf begeisterndes Lernen und Lehren und die Unterrichtsqualität in MINT unabhängig vom Bildungsschwerpunkt: Initiative von IV, Bildungsministerium, Wissensfabrik und PH Wien für Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Matura (www. mintschule.at)

MINT-Schwerpunktschulen: Schulautonomer MINT-Bildungsschwerpunkt an Mittelschulen oder Gymnasien, eingeschränkte Verschiebung von Ressourcen wie Schulstunden in Richtung MINT möglich

**NEU: MINT-Mittelschulen als Sonder- form:** zusätzliche MINT-Ressourcen "OnTop", neuer Unterrichtsgegenstand MINT (+11 Wochenstunden), Schulsprengel gelten für "Schulen in Sonderform" im

Regelbetrieb nicht mehr

Schulen mit fokussierten MINT-Ausbildungen: Technische Berufsschulen, HTL,
Höhere Land- und forstwirtschaftliche

#### **IV-UPDATE**

# Neue Stiftung soll mehr Frauen in die Technik bringen

Nur ein Viertel aller hoch qualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt. Dabei bietet gerade der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sinnstiftende Tätigkeiten, ausgezeichnete Bezahlung und spannende Karriereperspektiven. Und genau hier setzt die neu gegründete Stiftung "MINTality" an. Sie will Lösungen aufzeigen, um Frauen spannende Karrieren in technischen Berufen zu ermöglichen und finanziell unabhängiger zu machen, Teams diverser zu gestalten und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

"Mit einem Stiftungsvolumen von über 1,2 Millionen Euro jährlich bin ich überzeugt, dass wir ganz konkrete Projekte umsetzen können und somit nicht nur ein Think-Tank, sondern auch ein Do-Tank sind", erklärt die Initiatorin und Sprecherin der Stiftung, Therese Niss. Die Stiftung setzt fünf Arbeitsschwerpunkte: Erfolgreiche Projekte zur MINT-Förderung von Mäd-

chen sollen vernetzt und skaliert werden; Maßnahmen für die innovative PädagogInnen-Fortbildung bei der MINT-Wissensvermittlung und Gendersensibilisierung sollen entwickelt werden; konkrete Projekte sollen dazu beitragen, Rollenbilder und Stereotypen aufzubrechen; das digitale Lernspiel "Robitopia" aus Oberösterreich soll bundesweit ausgerollt werden; zudem soll ein Begleitprozess für Mädchen aufgesetzt werden, um sie auf ihrem technischen Ausbildungs- und Berufsweg zu unterstützen.

Für Niss ist klar: "Die Initiative kommt aus der Wirtschaft und ist für die Wirtschaft." Gründungsmitglieder der Stiftung sind Fronius, Miba AG, KNAPP AG, Magna International Europe Group, Oberbank, Greiner, TGW Logistics Group, Umdasch Group Foundation, A1 Telekom Austria AG, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich und die Innovationsstiftung für Bildung.



V.I.n.r.: IV-Präsident Georg Knill, Initiatorin und Stiftungssprecherin Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs-AG), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius International GmbH), Jakob Calice (Innovationsstiftung für Bildung) präsentierten die neue MINTality-Stiftung.

# Österreich braucht Kapitalmarkt-Booster

Für Altersvorsorge und Green Investments soll es gezielte Anreize geben, zeigt die neue Kapitalmarkt-Umfrage von Aktienforum und Industriellenvereinigung. Mehr Wirtschaftsbildung ist für den heimischen Kapitalmarkt zukunftsentscheidend.

ie Bevölkerung ist weiter als die Politik":
Das ist für IV-Präsident Georg Knill die zentrale Erkenntnis aus der neuen Kapitalmarkt-Umfrage von Industriellenvereinigung und Aktienforum. Die von Meinungsforscher Peter Hajek (siehe Interview) durchgeführte Studie macht deutlich, dass sich Umgang und Wissen zum Thema Kapitalmarkt auch durch die Corona-Krise deutlich geändert haben – und Industrie und Bevölkerung bei Anreizen an einem Strang ziehen.

Interesse hoch, Wirtschafts- und Finanzbildung gefragt

Wichtigstes Ergebnis der Studie: Das Interesse der Österreicherinnen und Österreicher für Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder Wertpapiere ist seit 2016 signifikant gestiegen. 29 Prozent der Menschen, die bisher keine dieser Geldanlagen besitzen, interessieren sich nun für einen Kauf. Zum Vergleich: 2016 waren es nur 7 Prozent. Bei jungen Menschen unter 30 Jahren haben sogar zwei von drei ein prinzipielles Interesse an diesen Anlageformen, berichtet Meinungsforscher Peter Hajek ein auffälliges Studienergebnis. Knill: "Die Industrie steht hier an der Seite der jungen Menschen, deren Interesse für die Chancen und Risiken des Kapitalmarkts überdurchschnittlich hoch ist." Das eigene Wissen über den Kapitalmarkt wird zwar als gering eingeschätzt, aber es steigt. Ein Viertel (24%) der Befragten kennt sich aktuell gut oder eher gut mit Veranlagungen an der Börse aus, 2017 war das nur jeder Fünfte (21%). Die Menschen wünschen sich jedenfalls mehr Wissen über den Kapitalmarkt: 74 Prozent fordern daher, dass dafür

bei der Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen angesetzt werden soll.

## Österreicher wollen steuerliche Anreize

Die Altersvorsorge ist für die Österreicherinnen und Österreicher ein wichtiges Thema – dem sie allerdings mit realistischen Erwartungen begegnen: Drei von fünf Befragten (59%) befürchten, dass sie mit einer staatlichen Pension nicht gut auskommen werden. Nur jeder

"Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial."

> Georg Knill IV-Präsident

dritte Unter-30-Jährige gibt an, privat für die Pension bereits vorgesorgt zu haben. Bei den 30- bis 50-Jährigen tut dies mehr als jeder Zweite (54%). Klar ist: Es braucht mehr Anreize für die Vorsorge. Drei von vier der Befragten (76%) fordern daher steuerliche Anreize auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge. Ebenso stehen drei von vier Befragten (74%) einer steuerlichen Begünstigung klimafreundlicher Investitionen positiv gegenüber.

#### Behaltefrist bei der KESt wieder einführen

Für IV-Präsident Georg Knill sind die Umfrageergebnisse klarer Beleg dafür, dass die geplante Wiedereinführung der Behaltefrist bei der KESt auch rasch und ohne ideologische Vorurteile umgesetzt werden muss. "Das würde gerade alle jene Menschen unterstützen, die bereit sind, langfristig auch in ihre Altersvorsorge zu investieren", so Knill. Der internationale Vergleich (siehe Kasten) zeigt zudem, dass Österreich bei diesem Thema erheblichen Handlungsbedarf hat: "Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten. Innerhalb dieser Ländergruppe haben wir obendrein noch den dritthöchsten Steuersatz. Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter", so Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

## Klimaschutz-Begünstigung für Menschen, Klima und Standort

Ein weiterer Kapitalmarkt-Booster wartet beim Thema Klimaschutz. Steuerliche Anreize müssten auch jedem Klimaschützer ein Herzensanliegen sein, so IV-Präsident

Ideen, um Österreicher zu motivieren, mehr an der Börse zu investieren





Knill: "Klimaschutz braucht Eigenkapital. Wir reden hier von Investitionen in Billionenhöhe. Das kann der öffentliche Sektor nicht allein stemmen". Eine Begünstigung für Investments in innovative Unternehmen, die Klimalösungen entwickeln oder die Energiewende mit erneuerbaren Energien vorantreiben, wäre eine Win-Win-Situation für Menschen, Klima und Standort. Die Regierung könnte durch eine KESt-Befreiung bei ökologischen Investitionen ein klimapolitisches Ausrufezeichen setzen, was sich grundsätzlich auch im Regierungsprogramm wiederfindet. "Richtig umgesetzt kann Green Finance ein wichtiger Baustein sein", unterstreicht auch Ottel, der eine EU-weite praktikable Lösung fordert.

"Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter."

> Robert Ottel Präsident Aktienforum

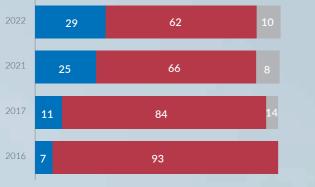
#### Finanzbildung für alle

Neben diesen bereits kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen plädieren Industrie und Aktienforum für breite Wissensvermittlung in Sachen Finanz- und Wirtschaftsbildung. IV-Präsident Georg Knill: "Die Finanzstrategie des Finanzministeriums ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung, und zwar für alle Altersgruppen, von Jugendlichen bis zu den Erwachsenen. Dabei müssen Lehrmaterialien überarbeitet und mit finanzrelevanten Inhalten angereichert werden." Notwendig ist aus Sicht von IV und Aktienforum, Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen bereits ab der Unterstufe oder Mittelschule stärker zu verankern. Außerdem

soll beim nächsten PISA-Test auch OECD-Financial-Literacy-Tool abgefragt werden. IV-Präsident Knill: "So sehen wir laufend: Wo steht Österreich aktuell - und wo sollte es in Zukunft stehen, wenn es darum geht, die Möglichkeiten eines modernen, attraktiven Kapitalmarktes optimal zu nutzen?" Für Knill ist angesichts der Studienergebnisse klar: "Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial - gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation. Umso wichtiger ist, dass wir als Industrie auf Seite all derer sind, die die Chancen des Kapitalmarkts nutzen möchten."

#### Interesse an Anlageformen ist gestiegen

Wären sie derzeit prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder sonstigen Wertpapieren interessiert?





Immer mehr Österreicherinnen und Österreicher wollen und suchen Alternativen für ihren privaten Vermögensaufbau und ihr Ansparverhalten. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation muss das ein Weckruf für die Politik sein.

## **Internationaler Vergleich:** Anreizpolitik für Kapitalbeiträge des Wertpapiervermögens des Wertpapiervermögens 10 bis 20%: ab 25%

Steuerfreiheit auf Wertzuwächse

Freigrenzen bei der Besteuerung auf

Behaltefrist bei der Besteuerung auf Wertzuwächse des Wertpapiervermögens

Reduktion der Bemessungsgrundlage bei der Besteuerung auf Wertzuwächse

Besteuerung von Wertzuwächsen des Wertpapiervermögens ohne Incentivierung

Quelle: EcoAustria

Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten.

## "DIE MENSCHEN SEHEN DIE DINGE REALISTISCH"

Meinungsforscher Peter Hajek über die Einschätzungen der Bevölkerung zu Finanz- und Zukunftsfragen.







#### **ZUR PERSON:**

Peter Hajek ist Geschäftsführer und Eigentümer des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Politikwissenschafter beschäftigt sich seit 25 Jahren mit empirischer Sozialforschung.

#### Die aktuelle Umfrage zeigt, dass das Interesse an Aktien und Anleihen deutlich zugenommen hat. Wie interpretieren Sie diesen Anstieg?

Es tut sich etwas auf den Märkten. Bei je nen, die bisher noch nicht veranlagt sind, sehen wir nicht nur einen signifikanten, sondern einen exorbitanten Anstieg. Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Einfluss auf das Anlageverhalten der Menschen: Rund 30 Prozent sagen, dass sich ihr Anlage- und Sparverhalten verändert hat. Es sind vor allem Menschen, die bereits in Aktien oder Wertpapiere investieren und über gutes Börsenwissen verfügen - und unter 30-Jährige.

#### Jüngere sind deutlich finanzaffiner als Ältere?

Auf jeden Fall. Wir beobachten einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.

Was die Frage der Anreize für Kapitalmarkt-Investitionen betrifft, ist die

#### inhaltliche Übereinstimmung von Industrie, Aktienforum und Bevölkerung auffallend hoch...

...ja, es gibt breite Zustimmung zu den diversen Ideen, wie man die Investitionsbereitschaft erhöhen könnte. Das wäre also politisch sicheres Terrain für den Gesetzgeber, hier Verbesserungen umzusetzen. Die Bevölkerung ist jedenfalls nicht gegenteiliger Ansicht, sondern die Menschen sehen die Dinge sehr realistisch: Die durchaus hart gestellte Frage, dass eine Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Pensionsvorsorge dienen, nichts anderes als versteckter Pensionsraub sei, erhält von der Mehrheit Zustimmung.

#### Kann man also sagen, dass trotz mangelnden - und eingestandenen -Kapitalmarktwissens der ökonomische Hausverstand in der Bevölkerung gut ausgeprägt ist?

Die Österreicherinnen und Österreicher schätzen die Lage sehr gut ein. Sie

"Wir beobachten hier einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer."

wissen, dass man mit den traditionellen Veranlagungen derzeit Verluste macht, aber Wertsicherung oder -steigerung mit Wertpapieren möglich ist. Gleichzeitig empfinden sie sich nicht ausreichend auf die neuen Märkte vorbereitet. Das hindert Menschen daran, ihr sauerverdientes Geld gewinnbringend anzulegen.

# Hehres Ziel rechtfertigt nicht realitätsferne Ausgestaltung

Warum der Vorschlag für das EU-Lieferkettengesetz nicht praxistauglich ist und weshalb sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

in simpler Schokoriegel hat bis zu 30 Zutaten, die wiederum aus zahlreichen Herkunftsländern eingekauft werden. Für einen Großteil der Unternehmen ist es fast unmöglich, zu wissen, welcher Lieferant in der 5. oder 7. Ebene gegen Standards verstößt. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, wie wenig praktikabel der im Februar vorgelegte Vorschlag für die EU-Lieferketten-Richtlinie ist. Dieser will Betriebe künftig verpflichten bzw. in Haftung nehmen, ihre gesamte Wertschöpfungskette auf etwaige umweltschädigende oder gegen die Menschenrechte verstoßende Produktionsverfahren zurückzuverfolgen.

## Unlösbare Aufgabe für kleine und mittlere Unternehmen

Wer wird davon betroffen sein? In der ersten Phase soll es um Kapitalgesellschaften ab



500 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz gehen. Zwei Jahre später zielt das Gesetz auf Unternehmen ab 250 Beschäftigten ab, die in bestimmten Branchen mit einem Jahresumsatz ab 40 Millionen Euro tätig sind (u.a. Textil, Land- und Forstwirtschaft, Holz, Nahrungsmittel, Bodenschätze, Metall, Mineralien, Chemie). Die Regeln sollen auch für Nicht-EU-Unternehmen gelten. Und zwar für jene, die in der EU tätig sind und deren jährliche in der EU erwirtschaftete Umsatzschwelle

40 Mio. Euro überschreitet. KMU werden durch Überwälzung der Informationspflichten ebenfalls erreicht. Die Unternehmensleitung soll verpflichtet werden, Sorgfaltspflichten einzurichten, zu überwachen und in die Unternehmensstrategie zu integrieren. Weiters sind eine zivilrechtliche Haftung des Unternehmens (beschränkt auf die erste Lieferkettenebene Tier 1) und Sanktionsmaßnahmen vorgesehen.

Wie bewertet die Industrie den Vorschlag? Das grundlegende Ziel des Lieferkettengesetzes wird befürwortet, eine überschießende Richtlinie aber abgelehnt. Es ist unrealistisch, kleinere und mittlere Unternehmen dazu zu verpflichten, sicherzustellen, dass ein Lieferant in der 5. oder 7. Lieferkettenebene Standards einhält. Für viele Betriebe wäre das eine

unlösbare Aufgabe. Mehr als fraglich ist, ob Unternehmen überhaupt die Marktmacht haben, die von der EU-Kommission angestrebten neuen Verhaltenskodizes in allen Drittstaaten durchzusetzen. Generell liegt es in der Verantwortung der Staaten, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu garantieren. Verletzungen dieser höchsten Rechte zu vermeiden und zu sanktionieren, kann nicht einfach auf Unternehmen übergewälzt werden. Die Politik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Wie geht es weiter? Eine politische Einigung auf EU-Ebene gilt bis Jahresmitte 2023 als möglich. Danach haben die EU-Länder zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Industrie setzt sich für ein anwendbares und praktikables Gesetz ein, das wichtige Standards wirksam stärkt.

## **AKTUELLES** IN KÜRZE

## Quantum Austria will Technologiesouveränität stärken

as Programm Quantum Austria wird aus Mitteln des Aufbau- und Resilienzplans (2022-2026) der Europäischen Union finanziert. Mit insgesamt 107 Mio. Euro werden exzellente, transformative und innovative Forschung und Entwicklung im Bereich Quantentechnologien inklusive Quantencomputing sowie Next Generation High Performance Computing gefördert. Ziel ist es, Österreich in der EU und weltweit weiterhin wettbewerbsfähig zu positionieren sowie Quantentechnologie erfolgreich für innovative Produkte und Dienstleistungen zu nutzen.

Alle Informationen zum Programm Quantum Austria, den aktuellen Ausschreibungen von Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Wissenschaftsfonds (FWF) sowie Ansprechpartner finden Sie unter https://www.ffg.at/quantum-austria. Um die Positionierung Österreichs als Deep-Tech Standort zu forcieren, organisiert die Industriellenvereinigung (IV) eine Veranstaltung am 23. März 2022 (17 bis 19 Uhr), auf der die zukünftigen Anwendungsfelder für Quantentechnologien in der Industrie sowie Maßnahmen, die bereits heute gesetzt werden können, diskutiert werden.





## Aviso: 5. Kongress christlicher Führungskräfte, 27. – 29. April 2022

eit Anfang 2020 erleben wir die wohl größte gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Verunsicherung und Erschöpfung sind auch in Unternehmen weit verbreitet. Drängend wird dabei bewusst, wie bedeutend die Kraft positiver Zukunftsbilder ist und wie notwendig Personen sind, die hoffnungsvoll Schritte setzen, um diese zu verwirklichen. Zuversicht gehört zum Pro-

fil von Führungskräften. Die eigene Zuversicht zu pflegen und zu erhalten und andere damit zu inspirieren, ist eine zentrale Führungsaufgabe.

Der diesjährige Kongress christlicher Führungskräfte im Stift Göttweig steht unter dem Motto: "Die Kraft der Zuversicht. Führen in volatilen Zeiten." Nähere Informationen und Programm unter: www.wertevollfuehren.at

## Masterplan Rohstoffe 2030 – Eine Rohstoffstrategie für Österreich

Als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen der Rohstoffbranche veröffentlichte das Bergbauministerium (BMLRT) gemeinsam mit IV-Präsident Georg Knill den Masterplan Rohstoffe 2030.

oh- und Grundstoffe sind die Basis von Produktion und Wertschöpfung der Industrie. Gerne werden sie als Sündenbock für Umweltverschmutzung, Ausbeutung oder Konflikte herangezogen. Fehlen sie allerdings, kommt es zum Erliegen von Produktion und unseres gesamten Alltags. Aber nicht nur das, auch unsere Planungen für die Zukunft und die von der Politik eingeläutete Wende stehen damit auf dem Spiel.

"Durch die Umstellung der Energieerzeugung, der Mobilität sowie die Dekarbonisierung, wird der Bedarf beispielsweise an Seltenen Erden, Nichteisenmetallen oder auch Industriemineralen massiv steigen. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bringt globale Herausforderungen mit sich, ohne die das Erreichen der Klimaziele unmöglich wird", meint dazu Bundesministerin

Elisabeth Köstinger. Das aktuelle Beispiel Magnesium, das zu 90 Prozent aus China importiert wird, zeigt die Notwendigkeit deutlich auf, welches das entscheidende Legierungselement für Aluminium und damit ein wesentliches Bauelement für den Leichtbau von Fahrzeugen ist.

Die Forcierung von Rohstoffabbau und Recycling in Europa und Österreich ist daher ein wesentlicher Faktor, um ein unabhängiges, krisenresistenteres, aber auch nachhaltigeres Ökosystem zu schaffen. Deshalb hat das Bergbauministerium den Masterplan Rohstoffe 2030 vorgestellt, der Lösungsvorschläge liefert, um auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Dekade reagieren zu können. "Unser Ziel ist es, die verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs mit primären und sekundären mineralischen Rohstoffen gewährleis

ten zu können", unterstreicht der zuständige Sektionschef Andreas Reichhardt.

Es wurden Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Wirtschafts- und Industriestandorts entwickelt, die zu einem ökosozialen Mehrwert beitragen sollen. Neben der heimischen Ressourcenbasis und der Gewährleistung einer gesicherten internationalen Rohstoffbeschaffung finden auch Innovation, Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie die Themen wie Akzeptanz, Bildung und Dialog besondere Berücksichtigung. "In einer zunehmend herausfordernderen Situation, wo Green Transition, Energieversorgung und geopolitische Abhängigkeiten in Einklang gebracht werden müssen, bietet sich die Sektion IV Bergbau des BMLRT als verlässlicher Partner für die Industrie an, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen zu gestalten", sagt Reichhardt.



Bundesministerin Elisabeth Köstinger und IV-Präsident Knill bei der Präsentation des Masterplan Rohstoffe 2030

### WEBTIPP

Alle Infos zum Masterplan Rohstoffe 2030 finden Sie unter:

bmlrt.gv.at/masterplan-rohstoffe

Zeit abgelaufen

Europa mag wirtschaftlich

Gewicht haben, "soft power"

sollte sich rasch etwas ändern.

Darüber, dass die EU sich auch um eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik

bemühen sollte, wurde seit Jahren viel dis-

kutiert. Dass Europa zunehmend auf eige-

nen Beinen stehen müsse, ist zudem seit

der stärkeren Orientierung Richtung Pazifik unter US-Präsident Obama immer offen-

sichtlicher geworden. Passiert ist aber defacto nichts, vielleicht ein paar symbolische Maßnahmen, aber das war's schon. Nun wurde Europa deutlich gezeigt, dass die Zeit

für muntere Diskussionen abgelaufen ist.

So kann Europa nur Haltung zeigen. Dan-

kenswerterweise hat auch Bundeskanzler Karl Nehammer darauf hingewiesen, dass Österreich militärisch neutral sein mag,

aber dass man derart eklatante Brüche des internationalen Rechts natürlich nicht hinnehmen kann. Dass wir klar mit der ganzen EU auf der Seite der Ukraine stehen. Gut,

So bitter die aktuelle Situation ist, werden wir hoffentlich zumindest die richtigen Lehren daraus ziehen. "Soft power" allei-

ne reicht nicht, wenn sich andere in der

Welt nicht an die internationalen Spielregeln halten. Europa muss jetzt nicht nur

rasch auf eigenen Beinen stehen, sondern

aber gelöst ist leider auch nichts.

alleine reicht aber nicht. Es

## Fixing the Basics: Von Breitband über Regulatorik bis zum Investitionsklima

GRUPPE 1031

Ohne Schaffung bzw. Ausbau unterstützender Rahmenbedingungen in den Bereichen technischer Infrastruktur, Organisation und Verwaltung ist das Ziel eines digitalen zukunftsfitten Österreichs nicht zu erreichen.

ie Anforderungen an Zugang und Verfügbarkeit von Internet in allen Regionen haben sich vervielfacht und die Grenzen der Infrastruktur verdeutlicht. Österreich liegt beim Zugang zu digitaler Infrastruktur lediglich im EU-Mittelfeld. Neben den Grundpfeilern Breitbandzugang und -verfügbarkeit stellen eingeschränkte e-Skills und e-Knowledge eine wachsende Hürde für die digitale Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit im European Innovation Scoreboard relativ zur EU ist seit 2017 rückläufig. Österreich behauptet sich dennoch im vorderen Mittelfeld der "Strong Innovators". Will man wieder zur Spitze der "Innovation Leaders" gehören, braucht es gerade in den aufgezeigten Bereichen verstärkte Maßnahmen.

Was fordert die gruppe1031 und was kann Österreich konkret in drei Jahren umsetzen? 1. Die klare Priorisierung und Beschleunigung des Ausbaus bestehender Infrastruktur sowie einer Bereitstellung notwendiger Mittel sind essenziell. Die erhöhte Leistungsfähigkeit und die Ver-

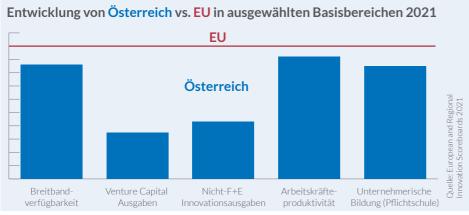
fügbarkeit digitaler Infrastruktur in allen

Regionen steigern die Attraktivität des gesamten Standorts Österreich.

- 2. Vorausdenken und Innovation müssen unterstützt werden. Deregulierung auf öffentlicher Ebene und gleichzeitiges aktives Fördern von Industrie und Bildungseinrichtungen sind dafür dringend notwendig.
- 3. Der Ausbau einer innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik mit signifikanten Erleichterungen bei digitaler Transformation und Innovationsprojekten wird die Attraktivität für den Kapitalmarkt und zusätzliche Investitionen schaffen.
- 4. Digitalisierung wird massiv Chancen und Nutzen für Mehrwert und Lebensqualität eröffnen. Die Angst vor Veränderung behindert diesen Prozess. Daher wird eine Kommunikations- und Image-Offensive zum Thema Digitalisierung gefordert.



finden Sie auf www.gruppe1031.at



Weitere Details zu den Forderungen

# Blick hinter die Kulissen der Unternehmensbewertung

Unter dem Motto "Rating Backstage" lud die Junge Industrie Nö/Bgld zu einem Webinar in Kooperation mit dem KSV1870.

ie entsteht ein Rating? Welche Daten fließen dabei ein? Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Bonitätsbewertung? Unter der Moderation der JI NÖ/Bgld-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer ist die Junge Industrie im Februar diesen Fragen nachgegangen. KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral gab zunächst einen Überblick über die Situation der insgesamt 30.000 KSV1870-Mitglieder: "Für das Jahr 2022 gehen wir nicht von einer Zunahme der Insolvenzen aus, es kommt eher zu einer Glättung der Statistik" Etwa die Hälfte der Betriebe hätte Coronahilfen beansprucht, was aber nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung führe, wie KSV1870-Prokurist Günther Fasching erklärte: "Im Gegenteil,

wenn ein Unternehmen vorsichtig agiert, ist das gut."

Für viele JI-Mitglieder war überraschend, wie viele Daten in eine Unternehmensbewertung einfließen: Die Bandbreite reicht unter anderem von Selbstauskünften, Bankauskünften, Zahlungserfassungen und Bilanzen bis hin zu Insolvenzen. Rund 100 Beschäftigte des KSV1870 pflegen täglich Informationen in die Datenbanken ein. "Medienberichte haben keinen direkten Einfluss auf ein Rating, lösen aber häufig Recherchen aus", so Fasching. Insgesamt habe die Auskunftsbereitschaft der Unternehmen seit der Pandemie zugenommen. Auch die Bewertung von Cyberrisiken spiele eine immer

größere Rolle. Abschließend erhielten die JI-Mitglieder noch Tipps, wie sie ihr eigenes Unternehmensrating verbessern könnten etwa durch das Einhalten von Zahlungsfristen, Selbstauskünfte oder das Einholen von Bonitätsauskünften ihrer Geschäftspartner.



KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral rechnet für 2022 nicht mit einer Zunahme an Insolvenzen.

laufen lernen. So müssen wir auch dringend schneller daran arbeiten, uns nicht von einem Land durch unsere Abhängigkeit von Energieimporten erpressbar zu machen - auch das ist lange bekannt, noch länger in Diskussion. Passiert

Last but not least sollten uns die aktuellen Geschehnisse deutlich machen, wie wertvoll eine echte Demokratie ist - bei allem Ärgernis über manchmal schwierige Konsensfindung oder langsames Regierungshandeln. In einer Demokratie wäre es ungleich schwieriger, dass ein Mann mit einem, sagen wir mal, originellen Blick auf die Weltgeschichte die gesamte Nachkriegsordnung in Europa kippen kann.

Viele haben die aktuelle Lage damit kommentiert, dass wir an einer Zeitenwende stünden, Europa und die Welt würden nach dieser Tragödie nicht mehr dieselben sein. Man kann nur hoffen, dass dies auch auf das gemeinsame Europa und seine internationale Handlungsfähigkeit zutrifft.

Herzlichst Euer

ist aber zu wenig.



#### **IMPRESSUM**

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at. Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort; Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes; iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8,300,

 $Unternehmensgegenst and: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen f{\it f}{\it u}^{\rm M}itglieder der Industriellenvereinigung und Meinungstr{\it a}ger in \"{\it O}sterreich. Siehe auch unter www.iv.at$ 

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen









# iv-positionen OBERÖSTERREICH



## Die Welt wartet nicht auf Europa

Eine Vielzahl von internationalen Herausforderungen und aktuell der Russland-Ukraine-Krieg zeigen die hohe Abhängigkeit Europas von geopolitischen Entwicklungen auf. In einem "Industrie im Dialog" diskutierte dazu eine hochkarätige Runde und zeigte die Schwächen unseres Kontinents schonungslos auf.

risenherde, Machtverschiebungen und Handelsstreitigkeiten prägen derzeit den globalen Handel und haben damit auch starke Auswirkungen auf die OÖ. Industrie, ebenso wie die unterschiedlichen Abhängigkeiten von Energie und Rohstoffen, die zentrale Rolle von China und Indien für die Weltwirtschaft und die Vormachtstellung der USA. Die IV-OÖ-Präsidenten Herbert Eibensteiner (voestalpine AG) und Stefan Pierer (Pierer Mobility AG) diskutierten darüber kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine in einer digitalen "Industrie im Dialog"-Veranstaltung mit Michael Löwy, IV-Bereichsleiter für Internationale Beziehungen und Märkte.

## Weltpolitisch spielt Europa kaum eine Rolle

In seiner Keynote erklärte Löwy, die EU befinde sich in einem äußerst volatilen Umfeld, das von den fragilen Verhältnissen in den nordafrikanischen Staaten über den Nahen Osten bis hin zum Russland-Ukraine-Konflikt reiche. "In all diesen Regionen gibt es viele Player, die versuchen, an Einfluss in der Welt zu gewinnen, während Europa weltpolitisch eben keine Rolle spielt." Weil die EU über keine sicherheitspolitischen Instrumente verfüge werde dies von anderen übernommen, etwa den USA. "Ihr Hauptaugenmerk liegt auf dem südchinesischen Meer, das von 30 Prozent des weltweiten Warenhandels durchquert und von China kontrolliert wird", so Löwy. Mit RCEP sei in Asien auf Initiative Chinas eine neue Freihandelszone entstanden, die gemessen am Bruttoinlandsprodukt größer als NAFTA und nahezu doppelt so groß wie die EU sei. Gleichzeitig handle es sich bei China um die Wirtschaftsmacht mit den meisten nicht-tarifären Handelshemmnissen, knapp gefolgt von den USA. Für die EU würde sich daraus laut Löwy eine Reihe von Handlungsfeldern ergeben: "Durch Kooperationen in internationalen Organisationen wie der WTO oder den Vereinten Nationen müssen faire Regeln etabliert und gemeinsam mit den USA ein fairer Wettbewerb durchgesetzt werden. Im Bereich der Klimapolitik kann die EU nur gewinnen, wenn sie diese gemeinsam mit China und den USA global wirksam umsetzt."



"Das geforderte Level Playing Field gibt es schon längst nicht mehr und bleibt selbst in Europa eine Fantasie."

> Herbert Eibensteiner, CEO voestalpine AG

#### Stark unterschiedliche Energiepreise

voestalpine-CEO Herbert Eibensteiner gab einen Einblick in die Entwicklung der großen Märkte der voestalpine. Die bestehenden Lieferkettenprobleme blieben weiterhin eine große Herausforderung, die Energiepreise in Nordamerika seien nicht vergleichbar mit den europäischen, was die Wettbewerbsfähigkeit beim Export aus Europa deutlich einschränke. "In China wird nach dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes wieder verstärkt in Infrastruktur und Energieerzeugung investiert, auch die Konsummärkte entwickeln sich dort gut", wie Eibensteiner erklärte. Für die voestalpine sei die schiere Größe des Marktes relevant, die Handelshemmnisse seien aber enorm und die Hürden würden aufgrund der zunehmenden Konzentration auf den eigenen Markt noch größer. "China will nicht mehr die verlängerte Werkbank für den Rest der Welt sein und konzentriert sich zunehmend auf den eigenen Mittelstand.

## Chinas Wirtschaftsmacht nimmt weiter zu

Für Pierer Mobility ist die USA der mit Abstand wichtigste internationale Handelspartner. In China boome laut CEO Stefan Pierer der Markt, die Chinesen würden die Pandemie gnadenlos nützen, um ihre Bedeutung als Wirtschaftsmacht auszubauen. Daneben sei für KTM vorwiegend Indien ein traditionell großer und wichtiger Markt. Das motorisierte Zweirad habe generell durch die Pandemie profitiert, aufgrund der Lockdowns sei in den Haushalten Liquidität vorhanden. "Durch die Pandemie ist auch die Leistungsbereitschaft der Menschen zurückgegangen nicht nur in Österreich, auch in den USA sind kaum mehr Arbeitskräfte zu finden. Die Arbeitskosten sind wie auch die Energie- und Logistikkosten dramatisch gestiegen", so Pierer in seiner Analyse.



"Die fehlende Führungsqualität Europas ist aus Sicht eines global aufgestellten Industrieunternehmens erschütternd!"

> Stefan Pierer, CEO Pierer Industries



"China ist die Wirtschaftsmacht mit den meisten nicht-tarifären Handelshemmnissen."

Michael Löwy, IV-Bereichsleiter für Internationale Beziehungen und Märkte

## Schleichender Abfluss von Investitionen

In der Diskussion über einen fairen Wettbewerb zwischen China, USA und Europa sah Pierer keine Hoffnung, dass die EU an Gewicht zunimmt. Auch Eibensteiner betonte, das geforderte Level Playing Field gebe es schon längst nicht mehr und bleibe selbst innerhalb Europas eine Fantasie. Pierer kritisierte das fehlende Verständnis in Europa dafür, wie der Wohlstand gebildet würde, und dass Brüssel in den letzten 20 Jahren zu stark von NGOs dominiert wurde: "Die fehlende Führungsqualität Europas ist aus Sicht eines global aufgestellten Industrieunternehmens schlichtweg erschütternd!" Im Hinblick auf die Zukunft des Standortes Europa gaben beide IV-OÖ-Vizepräsidenten keinen positiven Ausblick: Langfristig würden Investitionen aus Europa abfließen, während kaum nennenswerte Investitionen von China oder den USA in Europa stattfinden würden.



(V.I.n.r.) Philosoph Konrad Paul Liessmann, Sparkasse-OÖ-Vorstandsvorsitzende Stephanie Christina Huber und IV-OÖ-Geschäftsführer

## Der Wert der Demokratie

Die Pandemie und der Ukraine-Krieg verliehen dem Thema des diesjährigen Aschermittwochsgesprächs von Sparkasse OÖ und IV-OÖ dramatische Aktualität: In seiner 20. Ausgabe widmete es sich den Stärken und Schwächen der Demokratie sowie der nie endenden Suche nach dem besten Weg.

ber Jahrzehnte galt zumindest in Europa und in Nordamerika die Demokratie nicht nur als die beste verfügbare, sondern als die einzig denkbare Staatsform", erklärte IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch in seinem Eingangsstatement. Neue Entwicklungen und Phänomene wie etwa die sozialen Medien oder ein weltweit erstarkter Populismus stellten die Demokratie vor enorme Herausforderungen. "Schon vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie stellte sich die Frage, ob wir uns nicht an einem Wendepunkt zurück in dunkle Zeiten befinden, in denen die Massen den autoritären Verführungen populistischer Ideologen erliegen." Der Angriff Russlands auf die Ukraine zeige nun, dass es keine Alternative dazu gibt, der Welt ständig zu vermitteln, dass die liberale, demokratische Gesellschaft das bessere System ist, das mehr Wohlstand erzeugt und attraktiver ist als autokratische. "Es zeigte sich schon durch die Pandemie oder den Brexit, wie schwierig es ist, in einer globalen Welt demokratische, liberale Zusammenarbeit und Prozesse aufrechtzuerhalten. Diese Aufgabe erfordert die kontinuierliche Förderung der politischen und ökonomischen Bildung", so Haindl-Grutsch.

Eindeutig belegt ist die These, dass Länder mit inklusiven politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die mit Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft Innovation und Wachstum zulassen, Autokratien nachhaltig überlegen sind. Es ist gerade der demokratische Pluralismus, der Nationen prosperieren und staatlichen Wohlstand entstehen lässt, während extraktive Wirtschaftssysteme Menschen keine Anreize bieten, sich wirtschaftlich zu engagieren.

## Mediale Aufgeregtheit in unreifen Demokratien

In der Diskussion mit dem Philosophen Konrad Paul Liessmann, der Journalistin

IV-OÖ-Ehrenpräsident Klaus Pöttinger beim Aschermittwochsgespräch: "Die ursprüngliche Idee der Demokratie, dass die Menschen mitgestalten können, erfordert ein anderes Verständnis der Medien."

Ingrid Brodnig und Sozialwissenschaftlerin Katja Winkler stellte IV-OÖ-Ehrenpräsident Klaus Pöttinger die Rolle der Medien in der verhältnismäßig jungen Demokratie Österreichs in den Mittelpunkt. Die kontinuierliche mediale Aufgeregtheit löse unter den Bürgern als Teilhaber einer repräsentativen Demokratie oftmals Empörung über demokratische Vorgänge und Prozesse aus. Die jüngste "Sideletter-Affäre" der Bundesregierung sei ein Beispiel dafür. "Vor 150 Jahren haben unsere Ahnen dafür demonstriert, Vereine gründen zu dürfen. Heute wird in den Medien diskutiert, dass keine Parteispenden mehr erlaubt werden sollten", betonte Pöttinger. In der politischen Debatte gelte heute das Prinzip "Wer am meisten schimpft, bekommt die meiste Sendezeit"; generell fehle es an einer in den amerikanischen Medien üblichen, klaren Trennlinie zwischen Meinung und Fakten: "Wer heute eine österreichische Zeitung aufschlägt, bekommt fast ausschließlich einen Einheitsbrei aus Fakten und Meinung serviert. Der klare Transport von Fakten ist aber die Grundlage für die demokratische Entscheidungsfindung."

Die ursprüngliche Idee der Demokratie, dass die Menschen wirklich mitgestalten können, erfordere also ein anderes Verständnis der Medien, so Pöttinger. In Deutschland gebe es die ordnungspolitische Diskussion, in Österreich fehle hingegen das aufklärerische Element. Damit Demokratie von allen Bürgern gut verstanden wird, brauche es mehr demokratische Bildung und Kultur sowie anerkannte und verlässliche Institutionen, so Pöttinger: "In Zukunft werden wir hoffentlich einen schlankeren Staat haben und eine Medienlandschaft, die ihre Rolle als Transmissionsweg zwischen Politik und Bevölkerung wahrnimmt und sich dabei radikal selbst einer Transparenz stellt!"



Die Uhr tickt

Der dramatische Anstieg der Energiepreise und das Risiko eines Versorgungsengpasses überrollt die OÖ. Industrie und gefährdet ihre Zukunft am Standort.

Die massiv gestiegenen Energiekosten haben ein existenzgefährdendes Niveau erreicht. Die Preise für Strom und Gas liegen ein Vielfaches über dem Vor-Krisenniveau, der Russland-Ukraine-Krieg sorgt für einen weiteren Anstieg mit ungewissem Ausgang. Für die stark vom russischen Erdgas abhängige Industrie in Österreich ergibt sich daraus ein massiver Standortnachteil im Vergleich zu vielen Ländern innerhalb und außerhalb Europas. Vor allem für die energieintensiven Betriebe in Oberösterreich, aber auch für die Fahrzeugindustrie stellen die explodierenden Energiepreise eine massive Herausforderung dar - mit enormen Folgen für den Standort und Tausende Arbeitsplätze. Es ist daher essenziell, dass die Politik in Österreich kurz- und langfristig Maßnahmen setzt, um neben den Haushalten auch die betroffenen Betriebe zu entlasten und sie bei der Transformation unseres Energiesystems zur CO2-Neutralität zu unterstützen. Denn viele Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand und brauchen eine spürbare Entlastung sowie einen wirkungsvollen Schutz vor indirektem Carbon Leakage. Beispielsweise würde die von der IV-OÖ dringend eingeforderte Strompreiskompensation die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie kurzfristig verbessern.

Für den Standort ist zudem eine professionelle und vorausschauende Energieund Klimapolitik bedeutend. Der Preis für CO2-Emissionen, der sich in den letzten Monaten vervielfacht hat und damit auch die Stromkosten in die Höhe treibt, trifft ausschließlich europäische Unternehmen, nicht iedoch deren Konkurrenz überall sonst in der Welt. Auch bei den Gaspreisen sind die Unterschiede immens. Die Industrie kann diese Transformation bewältigen, sie braucht dazu aber wettbewerbsfähige Energiepreise, eine ausgebaute Energieinfrastruktur und rasch eine wirkungsvolle Energiestrategie mit stärkerer Diversifizierung des Energiebezugs statt einseitiger Abhängigkeit von Russland. Am 180-Grad-Schwenk Deutschlands in der aktuellen Krise muss sich auch die österreichische Energie- und Klimapolitik orientieren und Genehmigungsverfahren etwa für Wasserkraftwerke oder Stromleitungen radikal beschleunigen. Es geht jetzt um die Zukunft des Industriestandortes Oberösterreich.

Arelgi

Präsident der IV-Oberösterreich



Die Einrichtung der Technischen Universität in Nachbarschaft zur JKU in Linz ist eine enorme Chance für den Standort. Gleichzeitig muss auch das universitäre Ökosystem in Linz aufgewertet werden. IV-OÖ und JI-OÖ legten dazu konkrete Vorschläge vor.

ie neue TU für Digitalisierung und digitale Transformation stößt in der OÖ. Industrie auf große Zustimmung und hat als innovatives universitäres Exzellenzzentrum enormes Potenzial für ganz Österreich. Mit der Gründung der Medizinfakultät 2014 und der neuen TU hat Oberösterreich nun jene fehlenden Hochschul-Puzzlesteine erhalten, die der Bedeutung und wirtschaftlichen Kraft des Bundeslandes entsprechen. "Linz und Oberösterreich können damit im Vergleich mit ähnlichen europäischen Standorten starkes Wachstum an universitärer Infrastruktur anbieten, das sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Standortattraktivität und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit auswirken und Verbesserungen im Ranking der vergleichbaren Industrieregionen bringen wird", erklärt dazu IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch.

#### Visionspapier mit vielen Stärken

Nach der Ausarbeitung eines Basispapiers durch die Vorbereitungsgruppe hat nun die Konzeptgruppe eine tiefergehende Vision über die wesentlichen Eckpfeiler der neuen Technischen Universität vorgelegt. Die darin enthaltenen Grundprinzipien sind aus Sicht der OÖ. Industrie sehr zu begrüßen - etwa die breite Orientierung an Digitalisierung und digitale Transformation, die Flexibilität und Agilität von Strukturen und Organisation und die Internationalität und Heterogenität der TU sowie deren Attraktivität für breitere Zielgruppen. "Die Interdisziplinarität und bereichsübergreifende Exzellenz in Lehre. Forschung und Wissenstransfer zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Digitalisierung wird ebenso zu einem großen Plus der neuen TU wie deren starker Fokus auf Kooperationen und Wissenstransfer sowie die Einbindung der heimischen Unternehmen", betont Haindl-Grutsch. Weitere Stärken sind auch die thematischen Prioritäten von Digital Entrepreneurship über Digital Systems bis hin zu Digital Engineering ebenso wie die starke Projektorientierung mit komplexen Aufgabenstellungen und starken Lerneffekten.

#### Straffer Zeitplan besonders wichtig

Besonders wichtig sei der straffe Zeitplan in den nächsten Monaten, der weiterhin hohes Tempo bei den anstehenden wichtigen Entscheidungen – bei den gesetzlichen Grundlagen und dem Gründungskonvent – erforderlich macht. Dies gelte auch für die Gestaltung der Rahmenbedingungen im Umfeld der Universität durch Land und

Stadt: "Die Leitbetriebe der heimischen Industrie stehen bereit, entsprechende Forschungskraft, Kompetenz, Kapazitäten und internationale Kontakte einzubringen, um insbesondere in der so wichtigen und komplexen Startphase, die für die Imagebildung und Positionierung der neuen TU prägend sein wird, starke Unterstützung zu geben!"

"Mit der Errichtung des Leuchtturmprojekts muss auch das universitäre Ökosystem in Linz und im Zentralraum zu internationaler Strahlkraft aufgewertet werden."

> Maximilian Priglinger JI-OÖ-Vorsitzender

## Ökosystem mit internationaler Strahlkraft

Die TU Linz hat jedenfalls das Potenzial, Oberösterreich zum international sichtbaren Hightech-Hotspot weiterzuentwickeln. Um zum Magneten für Studierende aus ganz Europa und ein echter Gewinn für den Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich zu werden, brauche es auch die zielstrebige Etablierung eines innovativen, vielfältigen und international attraktiven Universitätsumfelds, wie IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch und JI-OÖ-Vorsitzender Maximilian Priglinger erklären. Dazu gab die IV-OÖ gemeinsam mit der JI-OÖ eine Analyse in Auftrag, die sich mit den "Erfolgsfaktoren zur Attraktivierung des Universitätsstandorts Linz" beschäftigt. Auf Basis von über 40 internationalen Studien und der Auswertung von Best Practice-Beispielen wurden die wichtigsten Erfolgskriterien für Universitätsstandorte identifiziert und daraus sieben konkrete Maßnahmen zur Attraktivierung der Studentenstadt Linz und des Zentralraumes abgeleitet. "Die Umsetzung der seitens der IV-OÖ lange geforderten TU stellt eine Jahrhundertchance für den Standort Oberösterreich dar. Um internationale Studenten von unserem Universitätsstandort zu überzeugen, gilt es zeitgleich mit der Errichtung des Leuchtturmprojekts auch das universitäre Ökosystem in Linz und im Zentralraum neu zu denken und zu internationaler Strahlkraft aufzuwerten!"

## 7 Vorschläge zur Aufwertung des universitären Ökosystems in Linz

Einrichtung einer Taskforce
Die neue TU soll den Impuls für
die Aufwertung des universitären
Ökosystems geben. Dafür ist die Einrichtung einer Taskforce unter Einbindung
nationaler und internationaler Experten
und Akteure aus Politik, Verwaltung,
Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zur
Erstellung eines Konzeptes für die Weiterentwicklung und Profilierung des universitären Ökosystems unerlässlich.

Digital Pioneer City Linz
Als Standort der neuen TU für Digitalisierung muss auch die Stadt
Linz als "Digital Pioneer City" durchstarten und zur Imagebildung beitragen. Die
Digitalisierung der Stadt Linz ist ganzheitlich voranzutreiben, insbesondere unter dem Aspekt der digitalen Stadtverwaltung mit digitalen Services und hervorragender digitaler Infrastruktur.

Der Ausbau von Support Services für (internationale) Studenten erfordert die Einrichtung einer digitalen Plattform als Landing-Page in englischer Sprache, um Interessenten bereits im Ausland abzuholen und für ein Studium in Linz zu gewinnen. Die Plattform dient als One-Stop-Shop mit allen wichtigen Informationen und Welcome-Services zu Studienangebot, Wohnmöglichkeiten, Verwaltung, Karrieremöglichkeiten und

One-Stop-Shop

Freizeitangebot.

Stärkung der Freizeitqualität Voraussetzung für die Gewinnung von internationalen Studenten ist die Gestaltung eines attraktiven Lebensumfeldes am Uni-Standort. Vergleichbare Studentenstädte verfügen meist über ein Szeneviertel, in dem sich junge Menschen treffen und ein breites Angebot an Kultur, Gastronomie, Nachtleben und Ähnliches vorfinden. In Linz könnte etwa das neue Hafenviertel ein Ansatzpunkt für ein eigenes Studentenviertel sein.

## Gestaltung der Karrieremöglichkeiten von Studenten

Dies ist ein zentraler Erfolgsfaktor der neuen TU in enger Kooperation mit den anderen Hochschulen und den Leitbetrieben. Dazu zählen etwa die Entwicklung von College-Paketen für ausgewählte internationale High-Potentials mit besonders hohem Karrierepotenzial oder finanzielle Anreize für ein Studium in OÖ. Linz muss sich als international bekannter Startup-Hotspot weiterentwickeln.

## Vorzeigestadt für moderne Mobilität

Die internationale Erreichbarkeit von Linz für Studenten per Bahn und Flugzeug und ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr sind Voraussetzungen für die internationale Ausrichtung der TU. Das Angebot für nachhaltige, digitale und junge Mobilität muss im Zentralraum ausgebaut werden. Eine Vorzeigestadt für innovative Verkehrsmittel umfasst den Einsatz digitaler Technologien für intelligente, personalisierte Verkehrssteuerungslösungen, Sharing-Angebote für E-Bikes und E-Motorräder und Pilotprojekte und Reallabore für autonomes Fahren und Fliegen

#### Neue Place-Branding-Strategie

Für ein internationales Place Branding ist ein Zusammenwirken aller relevanten Akteure zur offensiveren Kommunikation der Stärken der Studentenstadt Linz und der hervorragenden Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten am Standort Oberösterreich notwendig. Die attraktive Kombination aus starker internationaler Industrie, intakter Natur und umfassendem Freizeit- und Kulturangebot mit vergleichsweise günstigen Wohn- und Lebenshaltungskosten muss als USP stärker herausgestrichen werden.